

FDP-Kreistagsfraktion- Ostholstein

Pressemitteilung

02. März 2010

Kreisgremien beschäftigen sich mit der Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

„Was bei oberflächlicher Betrachtung da und dort schon einmal Kopfschütteln verursachen mag, ist ein ernsthaftes Problem und wird seit einiger Zeit in den politischen Gremien mehrerer Kreise und kreisfreien Städte diskutiert“ erklärte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Manfred Breiter.

Konkret gehe es um die Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen. Seit dem Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes, im Jahr 2004, übernehmen die gesetzlichen Krankenkassen keine Kosten mehr für Verhütungsmittel für Frauen ab dem 21. Lebensjahr, sagte Breiter.

Die FDP-Kreistagsfraktion befürworte grundsätzlich eine Lösung dieses Problems, so ihr Vorsitzender. Es sei offensichtlich, dass sich Frauen, z. B. im Arbeitslosengeld II-Bezug, viele der üblichen Verhütungsmittel nicht leisten können. Dies führe vermehrt zu ungewollten Schwangerschaften, die nicht nur dem Anspruch auf ein selbst bestimmtes Leben entgegenstehen, sondern auch noch teurer würden, so Breiter.

Die FDP-Kreistagsfraktion macht aber auch deutlich, dass damit nicht schon wieder Kosten auf die Kreise abgewälzt werden dürften. Es könne nicht sein, dass sich hier der Bund seiner Verantwortung entziehe, sagte Breiter. Der Kreis Ostholstein stehe finanziell mit dem Rücken zur Wand. Und vor jeder weiteren Ausgabe, die ohnehin zur Erhöhung der Schulden führe, müssten alle Alternativen geprüft werden.

Die FDP-Kreistagsfraktion bemühe sich daher intensiv über ihre Gremien im Bundes- und im Landtag um eine sachgerechte Lösung. So könnten diese Leistungen z. B. in den geplanten Härtefallkatalogs für Bezieher von Leistungen nach den SGB II und XII aufgenommen werden, sagte Breiter abschließend.